

Mit der CDU gibt es keine leeren Versprechungen

- Was die SPD will ...
- Was CDU und CSU wollen ...

SPD

Die SPD will den von ihr mitbeschlossenen Solidaritätszuschlag ab 1995 durch eine 10prozentige **Ergänzungsabgabe** für die sogenannten „Besserverdienenden“ ersetzen. Damit trifft sie die Bezieher mittlerer Einkommen — Facharbeiter mit Schichtzuschlägen, Krankenschwestern, Polizisten — besonders hart und reißt Löcher in den Bundeshaushalt, die nur durch neue Schulden oder weitere Steuererhöhungen gestopft werden können.

Die SPD will die arbeitsplatzfeindlichen **Gewerbesteuern lediglich „reformieren“** und damit gleichzeitig die Einnahmestruktur der Kommunen verbessern. Eine wirkliche Entlastung der Unternehmen wird so kaum möglich sein.

Die SPD will die **Bundesbank** in einen „Beschäftigungspakt“ **einbinden**. Dadurch würde die Bundesbank als Hüter der stabilen Deutschen Mark in einen Interessenkonflikt hineingezogen, ihre Unabhängigkeit wäre in Gefahr. Hohe Teuerungsraten, die vor allem Rentner und Bezieher kleinerer Einkommen treffen, würden drohen.

Die SPD will aus der sauberen und preiswerten **Kernenergie aussteigen**. Dies gefährdet die Zukunft Deutschlands, denn hohe Energiekosten und der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen wären die Folge. Das Ziel, die für

CDU/CSU

Wir setzen auf den leistungs- und sozial gerechten **Solidaritätszuschlag** in Höhe von 7,5 Prozent. Wer wenig hat, zahlt wenig oder gar nichts, wer viel hat, zahlt entsprechend mehr. Jeder trägt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zum Aufbau in den neuen Ländern bei, niemand wird überfordert.

Wir wollen die arbeitsplatzfeindlichen, ertragsabhängigen **Gewerbesteuern** senken und Schritt für Schritt abschaffen. Dabei erhalten die Gemeinden einen Ausgleich, den wir durch Einsparungen an anderer Stelle finanzieren.

Wir stehen ohne Wenn und Aber zur **Unabhängigkeit der Bundesbank**. Sie garantiert die Stabilität der Deutschen Mark und bewahrt Deutschland davor, daß die Geldpolitik zum Spielball politischer Interessen wird. Der frühere Bundesbankpräsident Pöhl weiß wohl sehr genau, warum er sich nicht ins SPD-„Schattenkabinett“ einbinden ließ.

Wir wollen eine vernünftige **Kombination der Energieträger** bei der Stromerzeugung. Deutsche Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt und liefern günstige Energie. Mit unserer Technik und Forschung sind wir Vorbild für alle

SPD

den Treibhauseffekt verantwortliche Kohlendioxid-Emission bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu senken, wäre gefährdet, der Umwelt nicht gedient.

Die SPD will das **Landwirtschaftsministerium abschaffen**. Diese Absicht unterstreicht, welche geringe Bedeutung die Landwirte für die SPD haben: Im Bund, aber auch in den Ländern, wo SPD-Regierungen den Bauern finanzielle Unterstützung versagen.

Die SPD will ein einheitliches **Kindergeld** von 250 DM und dafür **die Kinderfreibeträge im Steuerrecht abschaffen**. Das klingt nur auf den ersten Blick gut: Weder erhält dadurch der überwiegende Teil der Familien mehr, noch kann so die rechtliche Forderung nach Freistellung des Existenzminimums erfüllt werden. Wie die SPD diesen Vorschlag finanzieren will, hat sie bislang nicht verraten: Es bleibt eine Deckungslücke von mindestens 6 Milliarden Mark.

Die SPD will die **Ehe** durch die Stärkung anderer Lebensgemeinschaften **abwerten**.

Die SPD will durch massive und **teure Subventionen** breite **geförderte Beschäftigung** anregen. Die Mittel hierfür könnten jedoch nur durch eine verstärkte Belastung der Arbeitnehmer und Unternehmen oder durch neue Schulden beschafft werden. Das würde reguläre Beschäftigung gefährden, außerdem würde ungeforderte Arbeit durch geförderte Arbeit verdrängt.

CDU/CSU

anderen. So trägt die Kernkraft in Deutschland auch zur weltweiten Atomsicherheit bei. Wenn Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, werden die weltweiten Versorgungs- und Sicherheitsprobleme zunehmen, nicht abnehmen.

Wir wollen den **Strukturwandel in der Landwirtschaft aktiv unterstützen** und die Zukunft der deutschen Bauern sichern. Dazu brauchen die deutschen Landwirte eine starke Stimme in Bonn und Brüssel, den Bundes-Landwirtschaftsminister.

Wir wollen den **Familienlastenausgleich verbessern** und zu einem Familienleistungsausgleich ausbauen. Hierzu gehört eine Verbesserung der steuerlichen Förderung der Familie und ein einkommensabhängiges Kindergeld sowie die regelmäßige Anpassung dieser Leistungen. Wer weniger hat, soll entsprechend mehr erhalten. 250 Mark Kindergeld z.B. auch für Millionäre wollen wir nicht, denn staatliche Leistungen können nicht „mit der Gießkanne“ ausgeschüttet werden, wenn wir zielgerichtet helfen wollen.

Wir stehen zur Ehe. Sie ist die beste Grundlage für die Entwicklung starker Familien. Wir achten auch andere Formen des Zusammenlebens, sind aber davon überzeugt, daß die Partnerschaft in der Ehe eine wesentliche Stütze unserer Gesellschaft ist, die besonders gefördert werden muß.

Die CDU will die **Arbeitskosten senken** und so dafür sorgen, daß mehr produktive Arbeitsplätze entstehen. Zur Verdrängung von regulärer Beschäftigung durch geförderte Arbeit darf es nicht kommen. Wir brauchen keinen „zweiten“, teuer geförderten Arbeitsmarkt, sondern mehr Arbeitsplätze am „ersten Arbeitsmarkt“. Alle unsere arbeitsfördernden Maßnahmen — mehr als je unter einer SPD-Regierung — orientieren sich an diesem Ziel.

SPD

Die SPD will die **Arbeitszeiten verkürzen** und dadurch eine angeblich „gerechtere“ Verteilung der Arbeit erreichen. Durch erzwungene, pauschale Arbeitszeitverkürzung hätten aber alle weniger. Offen bleibt, ob die SPD dazu die Arbeitszeiten gesetzlich beschränken und in die Tarifautonomie eingreifen will, denn wie sonst soll dieses Ziel erreicht werden?

Die SPD setzt auf eine Erweiterung des **Sozialen Wohnungsbaus**. Doch viele Sozialwohnungen sind fehlbelegt und stehen den wirklich Bedürftigen nicht zur Verfügung. In Niedersachsen, wo die SPD Verantwortung trägt, hat sie die Mittel für den Sozialwohnungsbau zurückgehalten.

Die SPD hat nun endlich die Katze aus dem Sack gelassen und ein **flächendeckendes Tempolimit** auf allen Autobahnen angekündigt.

Die SPD lehnt wichtige Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen ab und hat das **Verbrechensbekämpfungsgesetz** monatelang verzögert. Kleinere Vergehen, oft der Einstieg in die kriminelle „Karriere“, verfolgt sie in den SPD-regierten Bundesländern nur lasch.

Die SPD versucht, **Drogensucht und Rauschgiftkriminalität** durch eine Flucht in die Legalisierung von Drogen in den Griff zu bekommen. Durch eine fahrlässige Diskussion über tolerierte Mindestmengen von „weichen“ und „harten“ Drogen für den Eigenkonsum hat die SPD den Eindruck unter Jugendlichen erweckt, Drogenkonsum sei straffrei. Die Diskussion um eine Festlegung auf eine „geringe Menge“, wie sie durch mehrere SPD-geführte Landesregierungen geschieht, spielt der Drogenmafia geradezu in die Hände.

CDU/CSU

Wir sagen: Arbeit gibt es in Deutschland genug, sie muß jedoch auch bezahlbar sein. Deshalb muß die **Produktivität** gesteigert werden. Dann werden **neue Arbeitsplätze** für die heute noch Arbeitslosen entstehen. Pauschale Arbeitszeitverkürzung ist Gift, gefragt sind flexible Arbeitszeiten auf freiwilliger Basis, denn so kann die Produktivität erhöht werden.

Wir haben den **Wohngeldanspruch ausgeweitet** und setzen damit verstärkt auf die direkte Unterstützung der Mieter mit geringen Einkommen. So vermeiden wir, daß die Wohnungsförderung an den Menschen vorbeigeht. Jetzt können wesentlich mehr Bürgerinnen und Bürger Wohngeld erhalten.

Wir wollen **kein generelles Tempolimit**, sondern setzen auf Strecken-, Tageszeit- und witterungsabhängige Verkehrsbeeinflussung durch moderne Technik.

Wir haben den **Verbrechern den Kampf angesagt** und die Grundlagen der Polizeiarbeit laufend verbessert. Wir wollen dafür sorgen, daß auch neue Formen der Kriminalität national und international bekämpft werden können. Und wir wollen eine entschlossene Verfolgung und rasche Verurteilung derer, die sich außerhalb der Gesellschaft stellen.

Wir werden vor der Rauschgiftsucht nicht kapitulieren, sondern den **Kampf gegen Drogen unvermindert fortsetzen**. Zu einem Leben ohne Drogen gibt es keine Alternative. Wir werden weiterhin Drogendealer hart bekämpfen. Mit uns wird es keine Legalisierung von Drogen geben.

SPD

Die SPD will die **Zahl der Soldaten auf 300.000 reduzieren**. Damit wäre die Bundeswehr nicht in der Lage, ihre nationalen und internationalen Aufgaben wahrzunehmen.

Die SPD will die **Fähigkeit Deutschlands**, sich im Rahmen internationaler Missionen für den Frieden in der Welt zu engagieren, **drastisch begrenzen**. Damit würden deutsche Soldaten in UNO und NATO-Kontingenten „Blauhelme Zweiter Klasse“.

Die SPD regiert in Sachsen-Anhalt, obwohl sie auch gemeinsam mit den Grünen keine Mehrheit hat. Dies ist nur möglich, weil die **extremistische SED-Nachfolgepartei PDS die neue Regierung toleriert**. Damit entscheidet die PDS mit über die Politik in Sachsen-Anhalt, denn die SPD ist mit ihrer Politik von der PDS abhängig.

Die SPD verspricht jedem etwas. Mit dem **„Finanzierungsvorbehalt“** haben sich die Sozialdemokraten jedoch bereits jetzt ein **Hindertürchen für den Rückzug** ihrer Wahlversprechen offengehalten. Denn ihre Projekte kosten viel Geld, das nicht da ist.

CDU/CSU

Wir wollen eine **moderne und leistungsfähige Bundeswehr mit 340.000 Soldaten und hohen Mobilmachungs-Reserven**. Denn anders ist die Sicherheit Deutschlands nicht zu gewährleisten. Der Ost-West-Konflikt ist zwar überwunden, dennoch gibt es riesige Waffenarsenale und leider auch neue Konflikte auf unserem Kontinent.

Wir wollen unseren **Beitrag zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens in der Welt** in jeweils angemessener Form und im internationalen Auftrag leisten. Die Unterdrückten und Verfolgten in der Welt erwarten das von uns. Hätten die Alliierten im Zweiten Weltkrieg die Haltung der SPD eingenommen, wäre Europa vermutlich nicht von den Nazis befreit worden.

Wir haben dem rechtsextremen Gegenüber der PDS, den **Republikanern, nie eine Chance auf Einfluß gegeben**: In Baden-Württemberg hätte die CDU mit Duldung der REPs auch ohne SPD regieren können, das kommt für uns jedoch nicht in Frage. Zwar verspricht Scharping, daß Magdeburg kein Vorbild für Bonn sei, doch auch vor der Wahl in Sachsen-Anhalt hat er jede Zusammenarbeit mit der PDS abgelehnt. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

Wir sagen vor der Wahl ehrlich, was geht und was nicht. Deshalb haben wir bereits vor dem Wahltag einen ausgeglichenen Haushalt für 1995 vorgelegt: Mit der CDU gibt es keine leeren Versprechungen.